



## Die christlich-liberale Verbraucherpolitik ist auf der Höhe der Zeit

Die christlich-liberale Verbraucherpolitik ist auf der Höhe der Zeit<br /><br />Entscheidende Verbesserungen für die Verbraucher erreicht<br />Am heutigen Freitag ist Weltverbrauchertag. Dazu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, und die Verbraucherschutzbeauftragte Mechthild Heil:<br />"Wir haben in dieser Legislaturperiode entscheidende Verbesserungen für die Verbraucher erreicht. Die Lage der Verbraucher in Deutschland ist gut, wie das unabhängige Prognos-Gutachten bestätigt. Im Gegensatz zur Opposition setzt die christlich-liberale Koalition nicht auf Skandalisierung, sondern sorgt dafür, dass die Verbraucher den Märkten vertrauen können. Da, wo das Vertrauen von unseriösen oder kriminellen Anbietern gestört wurde, haben die Fraktionen von Union und FDP gehandelt. <br />Wir haben mit der sogenannten ?Button-Lösung dafür gesorgt, dass verschleierte Preisangaben fast komplett aus dem Internet verschwunden sind. Ab 1. Juni werden Warteschleifen für Kunden kostenlos sein. Mit dem Gesetzentwurf gegen unseriöse Geschäftspraktiken schützen wir die Verbraucher vor unerlaubten Werbeanrufen, unseriösen Inkasso-Unternehmen und ungerechtfertigten Abmahnungen. <br />Auf die jüngsten Lebensmittelskandale haben wir unverzüglich reagiert, indem wir die Veröffentlichung der betroffenen Hersteller und Produkte auch schon im Täuschungsfall gesetzlich festgeschrieben haben. Im Bereich Ernährung und Gesundheit setzen wir positive Anreize. Wir haben innovative Projekte ins Leben gerufen, die große Reichweite haben: So haben bereits weit über eine halbe Million Schulkinder im Rahmen des vom Bundesverbraucherministerium geförderten Projektes einen "Ernährungsführerschein" gemacht. Das dort erlangte Wissen hilft nicht nur ihnen selbst, sondern sie tragen dieses Wissen auch in ihre Familien und ihren Freundeskreis. Denn: die Verbesserung des Ernährungsverhaltens ist eine der großen gesundheits- und gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Die christlich-liberale Verbraucherpolitik wird diesen Herausforderungen gerecht." <br /><br />CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag<br />Platz der Republik 1, 11011 Berlin<br />fraktion@cducsu.de<br /> http://www.cducsu.de <br />

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.